

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD

Gesundheitspolitik des Bundes und die Auswirkungen im Land Bremen

Die bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen im Bereich der Gesundheitspolitik haben direkte Auswirkungen auf die Länder und auf die Menschen, die auf medizinische Leistungen angewiesen sind. Eine Fülle von neuen bundesgesetzlichen Regelungen greift direkt in die Versorgung der Patienten in Bremen und Bremerhaven ein und stellt die Anbieter von gesundheitlichen Dienstleistungen vor neue Aufgaben deren Auswirkungen zum Teil noch nicht absehbar sind.

Wir fragen den Senat:

1. Wie haben sich die Kliniken im Land Bremen auf die Einführung der Diagnosis Related Groups (DRG's) vorbereitet?
 - a) In welchen Kliniken gibt es Modellrechnungen mit welchen Szenarien?
 - b) Wie werden sich die DRG's auf die Verweildauer auswirken?
 - c) Wie wird sich die wirtschaftliche Situation der Kliniken im Land Bremen verändern?
 - d) Lassen die Modellrechnungen auf einen Bettenabbau schließen, und wenn ja, in welchem Umfang geschieht das in Bremen und Bremerhaven?
 - e) Lassen die Modellrechnungen eine Rückwirkung auf die vorhandenen Arbeitsplätze im stationären Bereich zu, und wenn ja, wie sehen diese aus?
2. Wie beurteilt der Senat die Auswirkungen des Fallpauschalengesetzes auf den ambulanten Bereich im Hinblick
 - a) auf die Arzneimittelversorgung durch die niedergelassenen Ärzte?
 - b) auf den steigenden Bedarf an ambulanter Pflege?
 - c) den Bedarf an qualifizierten Pflegekräften im ambulanten Bereich?
3. Wie beurteilt der Senat die Auswirkungen des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 3. Oktober 2000 zu den Bereitschaftsdiensten und deren Anerkennung als reguläre Arbeitszeit?
 - a) Wie viele Arztstellen müssten in Bremen und Bremerhaven neu geschaffen werden?
 - b) Welcher Kostenumfang berechnet sich daraus?
 - c) Welche Ansätze zu neuen Arbeitszeitmodellen werden in den Kliniken bereits erprobt, und wie werden diese vom Senat unterstützt?
 - d) Überprüft das Gewerbeaufsichtsamt die Arbeitszeiten in den Kliniken gemäß den gesetzlichen Bestimmungen?

Wenn ja, wann wurde die letzte Prüfung mit welchen Ergebnissen vorgenommen?

4. Wie viele unbesetzte Medizinerstellen gibt es an welchen Kliniken in welchen Fachdisziplinen?
 - a) Hält der Senat die Beibehaltung des Numerus Clausus im Studiengang Medizin noch für zeitgemäß oder sind veränderte Zugangsvoraussetzungen denkbar um einen sich abzeichnenden Ärztemangel wirkungsvoll zu begegnen?
 - b) Was verdient ein Arzt im Praktikum (AIP) und hält der Senat diese Vergütung für angemessen?
5. Welche Auswirkungen wird auf Vorschlag des Europäischen Parlaments und des Rates für eine Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen auf die Aus- und Weiterbildung der Ärzte in Deutschland haben?
 - a) Welche Erkenntnisse hat der Senat darüber, wie die Differenz in den Aus- und Weiterbildungen in der Allgemeinmedizin (drei Jahre in der EU und fünf Jahre in Deutschland) angeglichen bzw. überwunden werden kann?
 - b) Wird der Senat sich dafür einsetzen, dass im Hinblick auf die neuen EU-Regelungen § 73 SGB V insbesondere hinsichtlich der hausärztlichen Versorgung verändert wird, und wenn ja, wann und mit welchem Ziel?
6. Welche Mittel werden nach der Neuregelung des Risikostrukturausgleichsgesetzes (RSA) jährlich verteilt?
 - a) Unter welchen Kriterien erfolgt die Umverteilung?
 - b) Wer nimmt diese Umverteilung vor?
 - c) Welcher Verwaltungsaufwand ist mit dieser Umverteilung verbunden?
 - d) Aus welchen Mitteln werden die Verwaltungskosten der Umverteilung gedeckt?
7. Das mit dem Risikostrukturausgleichsgesetz gekoppelte Disease Management Programm (DMP) wirft neue Fragen bei Arzt und Patient auf. Wie beurteilt der Senat die Weitergabe von Patientendaten im DMP an Dritte?
 - a) Werden Patienten, die sich gegen das DMP entscheiden, anders behandelt als Patienten die am DMP teilnehmen?
 - b) Wie wird sichergestellt, dass beiden Patientengruppen die notwendigen und ärztlich verordneten Medikamente auch wirklich erhalten?
 - c) Was geschieht, wenn ein Patient das DMP-Therapieziel nicht erreicht?

Brigitte Dreyer,
Brigitte Sauer, Eckhoff und die Fraktion der CDU

Waltraud Hammerström,
Böhrnsen und Fraktion der SPD